

Nukleare Abschreckung und Verteidigungspolitik in Frankreich: eine symbiotische Beziehung

Brustlein, Corentin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brustlein, C. (2017). *Nukleare Abschreckung und Verteidigungspolitik in Frankreich: eine symbiotische Beziehung*. (DGAP-Analyse, 4). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56010-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Nukleare Abschreckung und Verteidigungspolitik in Frankreich: **Eine symbiotische Beziehung**

Corentin Brustlein

Zusammenfassung Als eine der offiziellen Nuklearmächte hält Frankreich auch lange nach Ende des Kalten Krieges an seinem Arsenal zur nuklearen Abschreckung fest – um sich gegen größere Bedrohungen zu wappnen und um die eigene Unabhängigkeit zu bewahren. Kernwaffen haben eine politisch-strategische Bedeutung, d. h. sie werden in Friedenszeiten dazu eingesetzt, jede direkte und bedrohliche Aggression eines anderen Staates zu unterbinden. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist das Arsenal an Kernwaffen in Frankreich aufgrund unilateraler und unwiderruflicher Entscheidungen von über 500 auf heute weniger als 300 Köpfe geschrumpft. Ebenso wurden eine größere Bandbreite an Reaktionsmöglichkeiten und Maßnahmen geschaffen, welche die Abschreckungsstrategie ergänzen. Momentan sind Frankreich und Europa direkt mit einer vermutlich dauerhaften Verschlechterung ihrer Sicherheitslage konfrontiert, weshalb sich eine Kürzung des Verteidigungsetats derzeit schwierig gestaltet. Zugleich scheint ein größerer Realismus hinsichtlich der Art und Ausprägungen der bestehenden Bedrohungen wie auch des Umfangs der erforderlichen Mittel geboten, um auf diese Bedrohungen angemessen reagieren zu können. Das Kommando über die Kernwaffen ist in Frankreich direkt an das Amt des Präsidenten gebunden, der ebenfalls eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Ausübung der Außenpolitik des Landes einnimmt.

Inhalt

- 3 Nukleare Abschreckung und
Verteidigungspolitik in Frankreich:
Eine symbiotische Beziehung
Corentin Brustlein
- 3 Ein zentraler Aspekt der nationalen strategischen Kultur**
- 4 Prinzipien und Realität der Selbstgenügsamkeit nach dem Kalten
Krieg**
- 4 Anpassung der Kräfte
- 5 Die angepasste Doktrin
- 6 Die weitere Entwicklung**
- 6 Gegenwärtige und künftige Bedrohungen
- 8 Politik, Etat, Verteidigung – ein Ausblick
- 10 Anmerkungen

Nukleare Abschreckung und Verteidigungspolitik in Frankreich: Eine symbiotische Beziehung

Corentin Brustlein

Seit Frankreich 1960 Nuklearmacht wurde, verfolgt es eine Abschreckungspolitik, die sich bis heute an den folgenden gleichbleibenden Konstanten orientiert: einem beschränkten Arsenal hochentwickelter Waffen, das stets auf dem neuesten Stand ist, um jeden potenziellen Gegner abzuschrecken, und dessen Kontrolle in nationaler Hand liegt. Im Gegensatz zum – offiziellen oder inoffiziellen – Diskurs anderer Nuklearmächte, insbesondere der näheren Verbündeten, haben sich die politischen Entscheidungsträger in Frankreich dabei immer wieder offen skeptisch gezeigt, was die vollständige Abschaffung von Kernwaffen betrifft. Insofern hat das Land mit seiner Strategie der nuklearen Abschreckung wie auch mit seiner gesamten Atompolitik und seiner Außen- wie Verteidigungspolitik oftmals eine Ausnahme dargestellt.¹

In dieser Untersuchung werden die Grundlagen der französischen Abschreckungspolitik dargelegt und deren Einbindung in die Verteidigungspolitik des Landes analysiert. Diese beiden Elemente stehen in einer symbiotischen Beziehung, deren Ursprung in einer nationalen strategischen Kultur liegt, die sich insbesondere aus den Erfahrungen der beiden Weltkriege, des Scheiterns der IV. Republik und des Beginns des Kalten Krieges heraus entwickelt hat. Diese Beziehung ist geprägt durch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Verteidigungsstrategie und der nuklearen Abschreckung in den Bereichen Politik, Kultur, Militär und Industrie. Die Notwendigkeit der Landesverteidigung legitimiert die Abschreckung, die durch konventionelle Mittel ergänzt wird. Und umgekehrt kann Frankreich dank seines Abschreckungspotenzials sein gesamtes Konfliktspektrum abdecken und stärkt zugleich seine militärischen und industriellen Kapazitäten. Wenn gleich Frankreichs Abschreckungspolitik verschiedene größere Umwälzungen erlebt hat, zuletzt nach dem Ende des Kalten Krieges, ist sie doch den Grundprinzipien der Selbstgenügsamkeit und Autonomie treu geblieben und trägt heute in der französischen Außenpolitik gewiss am deutlichsten gaullistische Züge. Angesichts der rapiden Verschlechterung des strategischen Umfelds und der

zunehmenden Risiken und Bedrohungen, denen Frankreich ausgesetzt ist, muss gefragt werden, wie nachhaltig diese symbiotische Beziehung ist.

Ein zentraler Aspekt der nationalen strategischen Kultur

An Frankreichs Entscheidung, Kernwaffen anzuschaffen und diese auch nach dem Ende des Kalten Krieges zu behalten, lassen sich verschiedene Besonderheiten der strategischen Kultur des Landes festmachen. Infolge einer Reihe historischer Erfahrungen stehen zwei Aspekte im Zentrum der französischen Bestrebungen: zum einen, sich gegen größere Bedrohungen zu wappnen, zum anderen, sich seine eigene Unabhängigkeit zu bewahren.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870-71 und die beiden Weltkriege prägten die politischen und militärischen Eliten durch die Unzahl an Opfern, die Demütigungen und den durch Niederlagen und Invasionen fortschreitenden Verlust an Freiheit (nach dem Zweiten Weltkrieg) nachhaltig, zuallererst Charles de Gaulle, der 1958 erster Präsident der Fünften Republik wurde. Die Niederlage im Indochinakrieg 1954 und der Zerfall des französischen Kolonialreichs und die Art und Weise, wie sich das Vereinigte Königreich, Frankreich und Israel 1956 nach dem diplomatischen Druck der USA und Russlands aus der Suezkrise verabschiedeten, schürten in Frankreich das Verlangen nach nationaler Autonomie und Stärke. Obwohl das Land in beiden Weltkriegen von seinen Alliierten unterstützt wurde, blieb der bittere Nachgeschmack, die Hilfe sei zu zaghaft gewesen (Vereinigtes Königreich) oder zu spät gekommen (USA). Vor allem aber wurde durch die Gefahr der vollständigen Vernichtung des Landes durch Kernwaffen nach 1945 die Skepsis gegenüber dem Wert von Allianzen als Mittel zur Wahrung der eigenen Sicherheit weiter angestachelt: Die Sicherheitsgarantien, die die Alliierten angesichts einer Angriffsgefahr geben konnten, hatten durch die enorm gestiegenen Risiken im Atomzeitalter extrem an Glaubwürdigkeit verloren.

So eröffnete das französische Atomprogramm, das direkt nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelegt wurde, ab Mitte der 1950er-Jahre eine militärische Dimension, die bis dahin nur im Stillen gewirkt hatte.² Als die Entscheidung erst einmal gefällt war, ging es mit der Umsetzung sehr schnell: Den ersten Atomwaffentest unternahm Frankreich am 13. Februar 1960 in der algerischen Sahara, die Indienstnahme der Mirage IV der französischen strategischen Fliegerkräfte (FAS) folgte vier Jahre später im Oktober 1964. Auf dieser Grundlage begann sich Frankreich mit einem Arsenal verschiedenster Kernwaffen auszustatten, das, obwohl es am Ende des Kalten Krieges auf über 500 Nuklearsprengköpfe angewachsen war, einer Logik der „Selbstgenügsamkeit“ („stricte suffisance“) folgt: Für Frankreich als Mittelstaat ging es nicht darum, in der Waffenstärke dasselbe Niveau wie alle seine potenziellen Gegner zu erreichen, damals insbesondere die UdSSR. Im Gegenteil sollte ein Arsenal aufgebaut werden, das durch seinen Umfang und seine technische Ausstattung und Einsatzmöglichkeiten sogar eine Supermacht von dem Versuch abhielte, Frankreichs vitale Interessen anzugreifen. Infolgedessen wurde die Kernwaffe zum zentralen Element der französischen Verteidigungspolitik der 1960er-Jahre, da sie als ein glaubwürdiges Mittel zum Schutz gegen größere Bedrohungen von außen erschien, das Ungleichgewicht im Bereich der konventionellen Waffen kompensiert und mithin auch die nationale Unabhängigkeit stärkte. Frankreich leitete damit eine „nukleare Revolution“³ ein, die dem Land politische Unabhängigkeit, diplomatische Stärke und die Fähigkeit verschaffte, sein eigenes Territorium zu sichern, was während der letzten Kriege mithilfe traditioneller Waffen nicht gelungen war.

Kernwaffen sind in Frankreich seit jeher an das Amt des Präsidenten gebunden, der wiederum eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Ausübung der Außenpolitik des Landes einnimmt. Diese Verbindung geht auf die Person de Gaulles zurück, der die Ansicht vertrat, die Außen- und Verteidigungspolitik gehöre zwingend in das „Hoheitsgebiet“ des Präsidenten. Diese in der Verfassung der V. Republik von 1958 festgehaltene Erklärung wurde durch Frankreichs Anschaffung von Kernwaffen untermauert. Fortan setzte die Regierung alles daran, die Abschreckung politisch wie organisatorisch glaubwürdig erscheinen zu lassen. Ein entscheidender Punkt dabei ist, dass der Präsident allein entscheiden darf, ob eine Kernwaffe gezündet wird, sodass schnell gehandelt werden kann. Die politische Glaubwürdigkeit basiert auf der Legitimität des Entscheidungsträgers, der im Falle einer Nuklearkrise über das Schicksal der gesamten Nation

entscheidet. Dies führte 1962 zu einer Verfassungsreform, wonach der Präsident in einer allgemeinen direkten Wahl gewählt wird. Diese Sonderstellung des Präsidenten hat bis heute Gültigkeit und sich zudem im Laufe von fünfzig Jahren praktizierter Abschreckung noch ausgeweitet. Die verschiedenen Präsidenten haben sich jeweils eine bestimmte öffentliche Haltung angeeignet, die sich an ihrer Funktion orientiert. Durch die Notwendigkeit, sich an Friedens- wie an Krisenzeiten anzupassen, ist die Interpretation der Lage des jeweiligen Staatspräsidenten von zentraler Bedeutung, und zwar zum Grad der Bedrohung, zur Dimensionierung der nuklearen Vergeltungsmittel und zur Vertretung der höchsten Interessen des Landes, die den Griff zur Kernwaffe erforderlich machen würde.⁴

Prinzipien und Realität der Selbstgenügsamkeit nach dem Kalten Krieg

Anpassung der Kräfte

Mit dem Prinzip der Selbstgenügsamkeit („stricte suffisance“) unterschied sich die französische von der Haltung der beiden Großmächte. Beide waren in einen qualitativen und quantitativen Wettbewerb getreten, der sowohl die Waffen als auch die Mittel der Durchsetzung betraf – ballistische Raketen und Marschflugkörper, strategische Bomber, Atom-U-Boote mit Interkontinentalraketen, verschiedenste Systeme für taktische Atomschläge etc. Dagegen nimmt das Prinzip der Selbstgenügsamkeit nicht das Arsenal des Gegners zur Grundlage, sondern ein anderes entscheidendes Kriterium: die Einschätzung, welcher Schaden für einen beliebigen potenziellen Gegner nicht mehr akzeptabel wäre. Zu diesem zentralen Kriterium kommen noch andere Faktoren hinzu, um als Abschreckungsmacht in technischer und operationeller Hinsicht glaubwürdig zu sein, das heißt die Fähigkeit, Vergeltungsmaßnahmen mit dem minimal erwünschten Zerstörungsgrad unabhängig von den Umständen (gegnerscher Überraschungsangriff) und den Kapazitäten des betreffenden Staates (Raketenabwehrsysteme, geschützte Ziele etc.) tatsächlich durchführen zu können. Aufgrund dieser Definition des eigenen Bedarfs entwickelte sich also im Kalten Krieg eine Verteidigungsstrategie, die auf einer strategischen Triade beruht (Bomber des Typs Mirage IV, Atom-U-Boote mit ballistischen Interkontinentalraketen der Klasse Le Redoutable, ballistische Boden-Boden-Raketen), ergänzt durch eine taktische (oder „prästrategische“) Einheit mit Land- und Luftraketen, die im Falle einer Invasion in Europa und einer bevorstehenden Bedrohung der vitalen Interessen Frankreichs einen

taktischen Atomschlag als sogenanntes „ultime avertissement“ (dt. „letzte Warnung“) vorsieht – als allerletztes Warnsignal an den Gegner, ehe strategische Vergeltungsmaßnahmen angewandt würden.

Nach dem Ende des Kalten Krieges fällt Frankreich mehrere bedeutende Entscheidungen, die eine Beschränkung des Abschreckungsmodells zum Ziel hatten, das aber zugleich aufrechterhalten werden sollte. Die einschneidendsten Änderungen ordnete Jacques Chirac Mitte der 1990er-Jahre an. Nach einer letzten Reihe von Atomtests 1995-1996 schloss er das Testpolygon in Französisch-Polynesien, das späterhin abgerissen wurde, und unterzeichnete und ratifizierte den Kernwaffenteststopp-Vertrag. Auch die Produktionsstätten für Spaltprodukte in Marcoule und Pierrelatte wurden geschlossen und abgerissen. Die 18 auf dem Plateau d'Albion eingerichteten Raketensilos wurden mitsamt Atomraketen und Nuklearköpfen zerstört. Die Anzahl der Atom-U-Boote mit ballistischen Raketen der Force océanique stratégique (FOST) wurde von sechs auf vier verringert, die Anzahl der Bombereinheiten der FAS von fünf auf drei und Ende der 2000er-Jahre auf zwei. Die gesamte taktische Einheit wurde aufgelöst, sodass die Mission des „ultime avertissement“ seither in Händen der FAS-Einheiten liegt.⁵ In wenigen Jahren schrumpfte damit das Arsenal an Kernwaffen in Frankreich aufgrund unilateraler und unwiderruflicher Entscheidungen von über 500 auf heute weniger als 300 Köpfe.

Die Einschnitte im Arsenal, in der Konzeption und der Produktion der Waffen spiegeln den Dualismus des Prinzips der Selbstgenügsamkeit: Eine Dimensionierung auf dem niedrigsten denkbaren Niveau, immer vorausgesetzt, dass dadurch nicht die Glaubwürdigkeit der Abschreckung und damit die nationale Sicherheit gefährdet wird. Von daher können diese Einschnitte nur vollzogen werden, indem zugleich die Glaubwürdigkeit der französischen Schlagkraft durch andere Initiativen gesichert wird. Schon die höhere Leistungsfähigkeit der heutigen Generation der Verteidigungssysteme im Vergleich zur Ausstattung im Kalten Krieg (u. a. Reichweite und Geschwindigkeit der Marschflugkörper der FAS, Reichweite der ballistischen Raketen der FOST und Anzahl der Nuklearköpfe und Penetrationshilfen) – trotz der Reduzierung des Arsenal und der gestiegenen Verteidigungskapazitäten potenzieller Gegner (bessere Luftverteidigung und immer effizientere Raketenabwehr) – sichert einen ausreichenden Grad an Glaubwürdigkeit.⁶ So hat insbesondere das Commissariat für Atomenergie (CEA) sogenannte „robuste“ thermonukleare Ladungen entwickelt⁷ und ein großangelegtes Simulationsprogramm initiiert, das die Zuverlässigkeit und Sicherheit der neuen

Generation französischer Kernwaffen gewährleisten soll, ohne dazu Atomtests durchführen zu müssen.

Die angepasste Doktrin

Nach dem Ende des Kalten Krieges blieb der Kern des französischen Abschreckungsprogramms auch aus doktrinärer Sicht erhalten, wurde aber in bestimmten Punkten überarbeitet. Kernwaffen sind weiterhin ein Mittel, das nur unter Ausnahmebedingungen eingesetzt werden sollte, wenn die vitalen Interessen des Landes bedroht wären und damit eine Situation legitimer Selbstverteidigung einträte. Sie haben keine taktische, sondern politisch-strategische Bedeutung: Ihre Verwendung soll nicht dazu dienen, auf einem bestimmten Operationsfeld einen Vorteil gegenüber dem Feind zu erlangen. Vielmehr werden sie in Friedenszeiten dazu eingesetzt, jede direkte und bedrohliche Aggression eines anderen Staates zu unterbinden. Im Gegensatz zur Strategie der nuklearen Nötigung ist das einzige Ziel der Abschreckung die Wahrung des Status quo. Dazu stützt sie sich auf einen glaubwürdigen Apparat, der jederzeit einsatzbereit ist, sowie auf einen öffentlichen Diskurs, der in offiziellen Dokumenten (vor allem den Weißbüchern zur Verteidigung von 1994, 2008 und 2013) und den Reden des Präsidenten zum Ausdruck kommt. Dies könnte in Krisenzeiten durch explizitere Warnungen gegenüber jedem Feind ergänzt werden, der sich anschickt, den entscheidenden Schritt zu weit zu gehen. Das sogenannte „ultime avertissement“ ist und bleibt – abgesehen von Vergeltungsschlägen – die einzige Maßnahme, bei der die französischen Entscheidungsträger die Verwendung einer Kernwaffe erlauben. Diese darf einzig eingesetzt werden, um einen Gegner zur Raison zu bringen, der die Glaubwürdigkeit der Warnung infrage stellt, und soll mithin Frankreichs Entschlossenheit demonstrieren, sich zu verteidigen.

Das Ende des Kalten Krieges bot für Frankreich die Gelegenheit, seine Verteidigungspolitik unter Verwendung nuklearer und konventioneller Waffen neu auszustarieren. Während des Kalten Krieges sollten sich beide Waffenarten gegenseitig ergänzen: Das als Streitkorps organisierte Gros der konventionellen Streitkräfte sollte innerhalb des Bündnisses zur Verteidigung Westeuropas beitragen und einen etwaigen Vormarsch des Warschauer Pakts verhindern oder zumindest bremsen. Tatsächlich war das Streitkorps Sinnbild für die Entschlossenheit Frankreichs, sich gegen jegliche Angriffe zur Wehr zu setzen, und eines der Mittel, um die Sowjetunion daran zu hindern, die Abschreckung gewissermaßen buchstäblich „zu unterlaufen“. Bei einer Abschaffung der Panzertuppen und der mechanisierten Streitkräfte wäre das

französische Hoheitsgebiet dem Vormarsch feindlicher Truppen schutzlos ausgeliefert gewesen, wodurch wiederum nukleare Vergeltungsschläge an Glaubwürdigkeit gewonnen hätten. Mit Beginn der 1990er-Jahre und dem Golfkrieg legte die französische Verteidigungspolitik den Fokus verstärkt auf Missionen im Bereich der Machtprojektion, um auf die Gefahr einer Destabilisierung von Zonen strategischen Interesses durch regionale Mächte reagieren zu können. Die Zunahme der Kapazitäten für Auslandseinsätze, die sich im Weißbuch zur Verteidigung von 1994, den Reformen 1996 bis 1997 und der *Loi de Programmation Militaire*, einem Gesetz zur langfristigen Planung der Militärausgaben, zwischen 1997 und 2002 nachverfolgen lässt, hat dementsprechend einen Rückgang des Abschreckungspotenzials in der französischen Verteidigungsstrategie zur Folge.⁸ Diese neue Gewichtung, die wieder mehr auf konventionelle Verteidigung setzt, resultierte aus einer Neubewertung der politischen und militärischen Entscheidungsträger in Frankreich. Danach verlangten die derzeitigen und vorhersehbaren Bedrohungen nach einer größeren Bandbreite an Reaktionsmöglichkeiten und insbesondere nach Maßnahmen, um die Abschreckungsstrategie zu ergänzen. Was bis dato zentrales Element der Landesverteidigung gewesen war, sollte nun durch eine Handlungsstrategie komplementiert werden, die sich auf den Einsatz professionalisierter und modernisierter klassischer Streitkräfte stützt. Wo keine unmittelbare, existenzgefährdende Bedrohung seiner vitalen Interessen vorliegt, kann Frankreich damit besser außerhalb seiner eigenen Landesgrenzen agieren, sei es, um seine Pflichten als permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu erfüllen, sei es, um seine eigenen nationalen Interessen im Ausland zu vertreten.

Diese Umwälzung in der französischen Verteidigungspolitik hat, wenngleich sie natürlich vor allem die konventionellen Streitkräfte betrifft, auch Auswirkungen auf die Abschreckungsstrategie des Landes, was sich seit Anfang der 2000er-Jahre bemerkbar macht. Das gleichzeitige Aufstreben regionaler Gegner und die exponentiell steigende Zahl von Massenvernichtungswaffen und Kernwaffenträgern stellt Frankreich vor ein neues Problem: Eine mögliche Erpressung durch die Androhung des Gebrauchs nuklearer, chemischer oder biologischer Waffen, womit Frankreichs Handlungsfreiheit außerhalb des eigenen Landes eingeschränkt würde. Seit der ersten Präsidentschaft Jacques Chiracs ist daher die nukleare Abschreckung ein wichtiges Mittel, um sich gegen eine solche Erpressung zu schützen, die das Land derart paralysieren würde, dass es seine eigenen Interessen nicht mehr verteidigen könnte.⁹ Dieselbe Linie verfolgte Nicolas

Sarkozy und verfolgt auch François Hollande. Hollande erklärte dazu: „Das Mittel der Abschreckung gestattet uns, jederzeit unsere Handlungs- und Entscheidungsfreiheit zu bewahren, denn sie gestattet mir, jede drohende Erpressung durch einen anderen Staat abzuwehren, die beabsichtigte, unser Land zu paralysieren.“¹⁰ Parallel zum Aufkommen neuer potenzieller Gegner auf staatlicher Ebene und den Möglichkeiten, die sich durch bessere Ausrüstung ergeben (insbesondere dank der höheren Präzision der Kernwaffenträger und der besseren Information durch die Geheimdienste), bildete sich in Frankreich eine neue Politik heraus, welche Ziele im Falle eines Falles anzugreifen seien. Nachdem traditionell eine sogenannte „anti-cité“-Strategie verfolgt worden ist, bei der die großen Ballungszentren des Gegners anvisiert wurden, um die Bevölkerung mit größtmöglicher Wirkung zu dezimieren, hat Frankreich zum Jahrtausendwechsel seine Strategie geändert, um nunmehr „die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtzentren“¹¹ des Gegners zu treffen. Hinsichtlich der deklaratorischen Politik schließlich bewahrt Frankreich in weiten Zügen seine historische Haltung zur nuklearen Abschreckung, auch „*du faible au fort*“ genannt („von schwach zu stark“). Die Politik des Verzichts auf den Erstschlag (*no first use*) stand von Anfang an dem Prinzip der französischen Abschreckungspolitik diametral entgegen, die diesen ja gerade als Reaktion auf die Androhung einer konventionellen Invasion vorsah. Insofern wird diese Verpflichtung von den französischen Entscheidungsträgern allgemein als Minderung der eigenen Glaubwürdigkeit angesehen: Kein politischer Entscheidungsträger sähe sich tatsächlich durch eine solche unilaterale Verpflichtung gebunden, sollten die vitalen Interessen des Landes durch einen Feind bedroht sein. Der Verzicht auf den Erstschlag besteht nach wie vor. Er wird jedoch durch negative Sicherheitsgarantien gegenüber allen Ländern ergänzt, die den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben und ihrerseits ihre Verpflichtungen einhalten. Dieses Prinzip betonte Hollande zuletzt ausdrücklich in einer Rede zur eigenen Abschreckungspolitik im Februar 2015.¹²

Die weitere Entwicklung

Gegenwärtige und künftige Bedrohungen

Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowie des Warschauer Paktes stellen die französischen Entscheidungsträger die nukleare Abschreckung als eine Art „Lebensversicherung“ für die nationale Sicherheit dar. Sie gilt als Werkzeug, das

verfügbar sein sollte, weil nicht alle Bedrohungen, die Frankreichs vitale Interessen gefährden könnten, im Voraus identifizierbar seien. Tatsächlich richteten sich Frankreichs Prioritäten in der Verteidigungspolitik auf Auslandseinsätze, die dem Erhalt des Friedens dienen oder Maßnahmen als Reaktion auf Aufstände oder Terrorismus darstellten. Ende der 2000er-Jahre fürchtet man eine „strategische Überraschung“, die das Ende einer Periode vergleichsweise großen Einverständnisses unter den Großmächten und den Beginn einer Ära zwischenstaatlicher Spannungen einläuten könnte und sogar die Gefahr eines größeren Krieges berge.¹³

Seither hat sich die strategische Sicherheit Frankreichs und Europas tiefgreifend und dauerhaft destabilisiert. Die Folgen des arabischen Frühlings und die im gesamten Mittelmeerraum wie auch im Nahen Osten zunehmende Zahl an Bürgerkriegen, der wachsende Einfluss dschihadistischer Gruppen in der Sahelzone und nicht zuletzt die terroristischen Anschläge in Frankreich, insbesondere seit Januar 2015, stellen das Land vor ganz unterschiedliche Sicherheitsfragen, die aber zugleich miteinander in Verbindung stehen. Als erste Reaktion hat Paris verschiedene Operationen im Ausland durchgeführt (Sahelzone, Irak und Syrien sowie friedenserhaltende Maßnahmen in der Zentralafrikanischen Republik und in Libanon), seit 2015 dann auch im Inland. Inzwischen erreicht Frankreich regelmäßig das im Weißbuch von 2013 festgelegte Quantum an Einsätzen und Operationen seiner Streitkräfte oder überschreitet es sogar.

Diese Destabilisierung, die wie in einer Kettenreaktion vonstattengegangen ist und einen Bogen von Mauretanien bis nach Afghanistan gespannt hat, ist von Signalen begleitet, die immer wieder die Gefahr eines größeren Krieges in Erinnerung rufen, wie es seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr der Fall gewesen ist. Die Provokationen Nordkoreas und die Territorialstrategie Chinas, das im Chinesischen Meer vollendete Tatsachen geschaffen hat, stellen eine zwar ferne, aber reale Gefahr dar. Russlands Verhalten in Osteuropa hingegen hat eine fortschreitende Destabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung zur Folge. Russland hat eine Strategie entwickelt, die es selbst als defensiv betrachtet, die aber in Wahrheit eine Änderung des territorialen Status quo durch den begrenzten oder indirekten Einsatz von Streitkräften zum Ziel hat; etwa bei der Annexion der Krim oder der Destabilisierung der Ostukraine mit Unterstützung separatistischer Milizen, wo russische Eliteeinheiten und neueste Mittel konventioneller Kriegsführung (u. a. moderne Artillerie, elektronische Kampfführung, Boden-Luft-Abwehr) eingesetzt worden sind. Vor allem

aber werden diese destabilisierenden Aktionen von Hinweisen auf russische Nuklearwaffen begleitet, die gegen westliche Großstädte gerichtet sein sollen. Zudem sind der Abschuss von Raketen mit nuklearer Sprengkraft und vermehrte Übungen mit strategischen Raketen¹⁴ zu verzeichnen. Dies geht einher mit einer Rhetorik, die auf die großen nuklearen Kapazitäten Russlands hinweist. Außerdem gibt es Patrouillen strategischer Bomber mit großer Reichweite in Küstennähe u. a. Westeuropas, Nordamerikas und Japans.¹⁵ In Kombination mit der Modernisierung der russischen strategischen Streitkräfte zeigen die von Russland ausgesendeten nuklearen Signale der letzten Jahre eine beunruhigende Verschiebung in Russlands Haltung hin zu einer nuklearen Strategie, die mit doktrinärer Zweideutigkeit operiert. Dabei oszilliert diese zwischen Abschreckung und Nötigung und der gezielten Infragestellung des territorialen Status quo.¹⁶

Obwohl sich Frankreich heute durch den IS mit der Rückkehr eines Feindes im umfassendsten Sinn des Begriffes konfrontiert sieht, scheint es unwahrscheinlich, dass der nuklearen Abschreckung in den nächsten zehn Jahren drastisch weniger Bedeutung zukommen wird – das heißt, in jenem Jahrzehnt, in dem die Sicherung des Fortbestands des französischen Waffenarsenals bis zu den Jahren 2040 bis 2050 eingeleitet und im Wesentlichen auch realisiert werden müsste. François Hollande erinnert in seiner Rede zur nuklearen Abschreckung 2015 in Istres in Bezug auf die Ukrainekrise daran, dass „Frieden niemals als gesichert erachtet“ werden dürfe und „die Möglichkeit eines staatlichen Konflikts, der uns direkt oder indirekt betrifft, nicht ausgeschlossen“¹⁷ werden könne. Auf ähnliche Weise weist der Verteidigungsminister in seinem Buch *Qui est l'ennemi?* (dt. „Wer ist der Feind?“) darauf hin, dass es unabdingbar sei, „über den gegenwärtigen Feind hinaus“¹⁸ zu denken, um auf künftige Risiken vorbereitet zu sein, die durchaus auch von staatlichen Akteuren ausgehen könnten. Zur Stunde haben die Entscheidungsträger trotz der terroristischen Bedrohung Sicherheitsrisiken größerer Dimension für Frankreich und für Europa – aus gutem Grund – noch nicht vollständig aus ihren Überlegungen verdrängt.

Die Bedrohungen, seien sie regulärer oder irregulärer, konventioneller oder nicht-konventioneller Natur, ersetzen einander nicht, sondern überlagern sich in einer gegebenen strategischen Umgebung oder können sich sogar zu einem spezifischen Operationsfeld akkumulieren. Insofern ist es für die Entscheidungsträger des Landes heute wichtiger denn je, sich nicht aus dem „oberen Spektrum“ der Konflikte zurückzuziehen, vor allem angesichts der Ungewissheit, inwieweit sich die USA unter Präsident

Trump künftig in Europa und in der Welt engagieren werden.

Frankreich verfolgt keine Verteidigungsstrategie mit erweiterter Abschreckung, bei der ein Staat einem Verbündeten, der keine Kernwaffen besitzt, Schutzgarantien gibt – einschließlich der Drohung, gegen einen etwaigen Aggressor nukleare Waffen einzusetzen. Seine Strategie gründet im Gegenteil auf der Unzulänglichkeit einer solchen erweiterten Abschreckung und hat das alleinige Ziel, die vitalen Interessen des eigenen Landes zu schützen. Dies bedeutet indes nicht, dass französische Abschreckung und europäische Sicherheit nicht korrelieren. So erkennt die NATO seit 1974 den Beitrag der französischen Abschreckung zur europäischen und transatlantischen Sicherheit an. Zudem haben alle Präsidenten seit de Gaulle betont, dass sich die Bedeutung vitaler Interessen nicht allein auf nationales Territorium beschränke, sondern auch das Schicksal seiner Nachbarn und nach Ende des Kalten Krieges auch die zunehmenden Interdependenzen zwischen den nationalen Interessen Europas berücksichtigen müsse.¹⁹ François Hollande signalisierte in seiner Rede vom Februar 2015, dass er mit dieser Ausrichtung vollkommen übereinstimmt: „Die Definition unserer vitalen Interessen darf sich nicht auf die nationale Ebene beschränken, da Frankreich seine Verteidigungsstrategie, auch auf dem Gebiet der Kernwaffen, nicht isoliert entwickelt. [...] Wir sind Teil des europäischen Projekts, wir bilden gemeinsam mit unseren Partnern eine Schicksalsgemeinschaft und Frankreichs nukleare Abschreckung ist ein starker und wichtiger Beitrag für Europa. Darüber hinaus erklärt sich Frankreich mit seinen europäischen Partnern faktisch und emotional solidarisch. Insofern kann niemand glauben, dass ein Angriff, der das Überleben Europas gefährden könnte, keine Konsequenzen hat.“²⁰

Politik, Etat, Verteidigung – ein Ausblick

Es scheint derzeit keinen Anlass zu geben, Frankreichs nukleare Strategie prinzipiell und längerfristig infrage zu stellen. Die Verteidigungspolitik des Landes ist in ihrer heutigen Form nach wie vor vom konzeptionellen Unterbau de Gaulles geprägt. Ihm verdankt die Strategie der nuklearen Abschreckung ihre Sinnggebung und ihre grundlegende Ausrichtung, wodurch sich eine dauerhafte symbiotische Beziehung zwischen der allgemeinen Verteidigungspolitik und der nuklearen Abschreckung entwickelt hat. Diese symbiotische Beziehung zeigt sich auch heute noch in Fragen der Politik, Kultur und Verteidigung. Ob es dabei um übergreifende Konzepte geht, die Frankreichs Platz im weltweiten Kräfteverhältnis und im internationalen Krisenmanagement betreffen, um den

Rahmen nationaler Ambitionen, insbesondere bei der Frage der strategischen Autonomie, oder um den Aufbau und Erhalt militärischer Kapazitäten und operationeller Expertise – in all diesen Bereichen ist die nukleare Abschreckung ein strategischer Grundpfeiler der französischen Politik. Auf ihrer Grundlage hat Frankreich den stärksten und fähigsten Militärapparat in ganz Europa unterhalten können, der vor allem in den vergangenen Jahren höchste Wertschätzung durch den Staat erfahren hat.²¹

Doch obwohl es auf höchster Staatsebene keinen Grund zu geben scheint, das Prinzip der glaubwürdigen Abschreckung infrage zu stellen, könnten erhebliche äußere Zwänge dessen Aufrechterhaltung womöglich verhindern. Entsprechend dem Prinzip der Selbstgenügsamkeit liegt Frankreichs Bestreben derzeit allein darin, den aktuellen Kernwaffenbestand zu erhalten und dabei zu gewährleisten, dass dieser angesichts der von potenziellen Gegnern ergriffenen Gegen- und Verteidigungsmaßnahmen glaubwürdig bleibt. Trotz der strikten Eingrenzung der Ziele werden aber in den nächsten zehn Jahren wachsende Ausgaben erforderlich sein, nicht zuletzt wegen der Kiellegung der Atom-U-Boote mit Interkontinentalraketen der dritten Generation (SN3G), der Produktion der nächsten Marschflugkörper und der Weiterentwicklung des Simulationsprogramms.²² Die Abschreckung nimmt derzeit fast 20 Prozent des Ausrüstungsetats des Verteidigungsministeriums ein, das sind ca. 3,5 Milliarden Euro im Jahr. Schätzungen zufolge könnte der Bedarf bis Mitte der 2020er-Jahre auf annähernd 6 Milliarden Euro ansteigen.²³ Zu diesem Zeitpunkt werden die aufzuwendenden Haushaltsmittel parallel zur Erneuerung der beiden genannten Komponenten ihren Höchststand erreichen, ehe sie dann wieder sinken.

Angesichts der Erfordernisse im Bereich konventioneller Waffen (u. a. Modernisierung, Truppenverstärkung und -erneuerung, Austausch der Ausrüstung, die durch den intensiven operationellen Einsatz schnell verschleißt) und ohne eine Steigerung im Gesamtvolumen des Verteidigungshaushalts könnten sich die Finanzpläne des französischen Verteidigungsministeriums als unhaltbar herausstellen. Bei konstant bleibendem Etat wird die Aufrechterhaltung des Abschreckungsniveaus vermutlich Entscheidungen notwendig machen und Verdrängungseffekte auf die Kapazitäten konventioneller Waffen haben, die zwar teilweise durch höhere Expertise und bessere Ausrüstung kompensiert werden, sich aber letztlich für die französische Außenpolitik im Kontext neuerlicher Bedrohungen als schädlich erweisen könnten.²⁴

Trotz dieser Gefahr ist sich die Politik weitgehend einig darin, die gewohnte Abschreckungsstrategie

beizubehalten, mit Ausnahme weniger Mitglieder der Union des Démocrates et Indépendants (UDI), der Grünen und einiger linksextremer Parteien²⁵ – allesamt Parteien, die bei den Parlamentswahlen bislang nur schwach abgeschnitten haben und in der politischen Ausrichtung des Landes wohl auch weiterhin kaum eine Rolle spielen werden. In der Zivilgesellschaft sind in den vergangenen Jahren mehrere Abrüstungsinitiativen ins Leben gerufen worden, um nach den internationalen Konferenzen zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen (Oslo, Nayarit, Wien) und der Resolution zur nuklearen Abrüstung, die am 7. Dezember 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, in Frankreich eine weiterreichende Debatte auszulösen.²⁶ Die von Befürwortern durchgeführten Meinungsumfragen ergeben wenig überraschend (auch in Bezug auf die Art der Fragestellung) eine breite Unterstützung der Initiativen zur nuklearen Abrüstung. Die Umfragen, die das Verteidigungsministerium in Auftrag gegeben hat, formulieren hingegen offenere und komplexere Fragen, ohne indes nach der Beteiligung an einer Abrüstungsinitiative zu fragen. Laut diesen Erhebungen sehen 60 bis 70 Prozent der französischen Bevölkerung die Möglichkeit der nuklearen Abschreckung als eine Stärke ihres Landes, halten diese auch für glaubwürdig und erachten eine Kombination nuklearer und konventioneller Waffen als notwendig, um Frankreichs Sicherheit zu gewährleisten.²⁷ Ob es am politischen System Frankreichs liegt oder ob eine stärkere Strömung im Land fehlt, die sich gegen Kernwaffen ausspricht, jedenfalls scheint die öffentliche Meinung wenig Wirkmacht im Bereich der künftigen Ausrichtung der französischen Verteidigungspolitik inklusive ihrer nuklearen Strategie zu besitzen.

Eine Änderung der Sichtweise in Bezug auf den Fortbestand des französischen Kernwaffenarsenals könnte sich demzufolge also nur vollziehen, wenn verschiedenste kritische Faktoren aufeinanderträfen. In Folge auftretende terroristische Angriffe auf Frankreich mit dem Ziel, möglichst viel Schaden anzurichten und das Land zu destabilisieren, würden den Etat kurzfristig belasten, sich auf die politische Positionierung auswirken und die Wahrnehmung der politischen Klasse und der Öffentlichkeit hinsichtlich der strategischen Prioritäten Frankreichs langfristig auf die Probe stellen. Die nukleare Abschreckung kann nicht dazu dienen, Frankreich vor Terrorismus zu schützen, sodass sie durchaus zum Gegenstand

überleitender oder simplifizierender Überlegungen werden könnte, die eine neue Prioritätensetzung fordern. Letztere hätte wiederum zur Folge, dass das Land in Zukunft gegenüber größeren Bedrohungen durch feindliche Staaten nicht mehr ausreichend gewappnet wäre.

Zur Stunde scheint die Situation nicht katastrophal zu sein. Sie bietet aber auch keinen Anlass zur Beruhigung, insbesondere weil die Mittel des Verteidigungshaushalts so eng sind, dass die nächsten Jahre ganz entscheidend werden. Angesichts der zunehmenden Zahl von Attentaten, die vom IS unterstützt oder angeregt werden, sowie der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zwischen April und Juni 2017 überbieten sich die Kandidaten gegenseitig mit Forderungen, den Verteidigungsetat in den kommenden zehn Jahren massiv aufzustocken. Obwohl die Vorschläge allgemein die Erneuerung der beiden Komponenten der nuklearen Abschreckung miteinschließen,²⁸ lässt sich den Wahlprogrammen nicht entnehmen, ob die Aufstockung der Mittel abgesichert und schnell genug erfolgen würde, um Entscheidungen zu verhindern, die sich negativ auf die Kapazitäten auswirken würden. Auch das Gegenteil ist nicht ausgeschlossen, nämlich dass es aufgrund von Sparzwang gar nicht erst zu einer Stabilisierung des Verteidigungsetats kommt. Die mit dem Planungsgesetz 2014-2019 ohnehin bereits von der derzeitigen Regierung beschlossene Erhöhung der Verteidigungsmittel beizubehalten und umzusetzen nähme schon den Druck vom französischen Verteidigungsapparat. Somit würde auch die Gefahr eines Bruchs der symbiotischen Beziehung zwischen Abschreckungspolitik und Verteidigungspolitik eingedämmt.

Frankreich und Europa sind direkt mit einer rapiden und vermutlich dauerhaften Verschlechterung ihrer Sicherheitslage konfrontiert, weshalb sich eine Kürzung des Verteidigungsetats derzeit verbietet. Aber zugleich scheint ein größerer Realismus hinsichtlich der Art und Ausprägungen der bestehenden Bedrohungen wie auch des Umfangs der erforderlichen Mittel geboten, um auf diese Bedrohungen angemessen reagieren zu können.

Corentin Brustlein ist Leiter des Zentrums für Sicherheitsstudien am Institut français des relations internationales (Ifri), Paris.

Aus dem Französischen von **Frank Sievers**.

Anmerkungen

- 1 Die Nuklearpolitik umfasst nicht nur die Abschreckungsstrategie, sondern auch die Ausrichtung der Politik in den Bereichen Rüstung, Abrüstung und Nichtverbreitung, die hier allerdings nicht behandelt werden. Zum Thema nukleare Ausnahme vgl. Corentin Brustlein, France: The Evolution of a Nuclear Exception, in: Harsh Pant (Hrsg.), Routledge Handbook of Nuclear Proliferation, Abingdon 2012, S. 116-131; Camille Grand, A French Nuclear Exception?, Occasional Paper Nr. 38, Stimson Center, Januar 1998; und Jean Guisnel, Bruno Tertrais, Le Président et la Bombe. Jupiter à l'Élysée, Paris 2016. Zur Eingrenzung des Begriffs der nuklearen Ausnahme vgl. Nicolas Giacometti, The Lonely Frenchman? The Evolution of the French Exception in the Nuclear Domain, Entwurf, 2015, noch nicht erschienen.
- 2 Vgl. Dominique Mongin, La bombe atomique française, 1945-1958, Brüssel 1997.
- 3 Vgl. Bernard Brodie (Hrsg.), The Absolute Weapon. Atomic Power and World Order, New York 1946; Robert Jervis, The Meaning of the Nuclear Revolution, Ithaca 1989.
- 4 Vgl. Guisnel, Tertrais, Le Président et la Bombe, a.a.O. (Anm. 1), insbesondere das 11. Kapitel.
- 5 Technisch spricht nichts dagegen, dass die U-Boote der FOST einen Nuklearschlag als „ultime avertissement“ ausführen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Entscheidungsträger eher auf die FAS zurückgreifen würden, allein weil sie sichtbar sind, während die Hauptmission der FOST darin besteht, möglichst diskret zu agieren und nukleare Vergeltungsschläge durchzuführen.
- 6 Ein aktueller Überblick über diese beiden Gebiete findet sich in Emmanuel Delorme, Bruno Gruselle, Guillaume Schlumberger, La nouvelle Guerre des étoiles. Idées reçues sur la défense antimissile, Paris 2013; und Corentin Brustlein, Etienne de Durand, Elie Tenenbaum, La suprématie aérienne en péril. Menaces et contre-stratégies à l'horizon 2030, Paris 2014.
- 7 Die sogenannten „robusten“ Ladungen erzielen dieselbe Wirkung wie die letzte Generation thermonuklearer Waffen, die noch realiter getestet wurden (TN-75 und TN-81), haben aber einen gewissen Spielraum, der eine zuverlässige Funktionsweise während der gesamten Lebensdauer garantiert, was anhand von Simulationen überprüft wurde, die keinen tatsächlichen Testein-satz mehr erfordern. Die letzten beiden von der CEA entwickelten Waffenarten, der „Tête Nucléaire Aéroportée“ (fliegender Nuklearsprengkopf, TNA, seit 2009 bei den FAS im Einsatz) und der „Tête Nucléaire Océanique“ (ozeanischer Nuklearsprengkopf, TNO, voraussichtliche Ineinsatznahme bei der FOST 2016), beruhen auf dem Konzept der robusten Ladung. Vgl. die Anhörung von Daniel Verwaerde in: Serge Vinçon, La dissuasion nucléaire: quel rôle dans la défense française aujourd'hui?, Rapport d'information Nr. 36 (2006-2007) im Namen der Commission des affaires étrangères (Kommission für ausländische Angelegenheiten), 24.10.2006, S. 25-31.
- 8 Vgl. Bastien Irodelle, La réforme des armées en France, Paris 2011, S. 12-17.
- 9 Vgl. Guisnel, Tertrais, Le Président et la Bombe, a.a.O. (Anm. 5), S. 201-202.
- 10 Vgl. François Hollande, Discours sur la dissuasion nucléaire – Déplacement auprès des forces aériennes stratégiques, Istres, 19.2.2015, <<http://www.elysee.fr/declarations/article/discours-sur-la-dissuasion-nucleaire-deplacement-aupres-des-forces-aeriennes-strategiques-istres-3/>> (abgerufen am 28.10.2016).
- 11 Vgl. Jacques Chirac, Abschlussrede am Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale, Paris, 8.6.2001, <<http://discours.vie-publique.fr/notices/017000120.html>> (abgerufen am 28.2.2017).
- 12 Vgl. Hollande, Discours sur la dissuasion nucléaire, a.a.O. (Anm. 10).
- 13 Vgl. Corentin Brustlein, La surprise stratégique. De la notion aux implications, Paris, Ifri – Focus stratégique, Oktober 2008.
- 14 Vgl. Johan Norberg, Training to Fight. Russia's Major Military Exercises, 2011-2014, Stockholm, Schwedisches Forschungsinstitut für Verteidigung (FOI), 2015.
- 15 Vgl. Thomas Frear, Lukasz Kulesa, Ian Kearns, Dangerous Brinkmanship: Close Military Encounters Between Russia and the West in 2014, London, European Leadership Network, Policy Brief, 2014.
- 16 Vgl. Dmitry Adamsky, Cross-Domain Coercion. The Current Russian Art of Strategy, Paris, Ifri, Proliferation Papers, November 2015; Olga Olikier, Russia's Nuclear Doctrine. What We Know, What We Don't, and What That Means, Washington, Center for Strategic and International Studies, Mai 2016; Kristin Ven Bruusgaard, „Russian Strategic Deterrence“, in Survival, Bd. 58, Nr. 4, August/September 2016, S. 7-26.
- 17 Vgl. Hollande, Discours sur la dissuasion nucléaire, a.a.O. (Anm. 10).
- 18 Vgl. Jean-Yves Le Drian, Qui est l'ennemi?, Paris 2016.
- 19 Ein nützlicher historischer Abriss zu diesem Thema findet sich in Bruno Tertrais, La France et la dissuasion nucléaire. Concept, moyens, avenir, Paris 2007, S. 111-116.
- 20 Vgl. Hollande, Discours sur la dissuasion nucléaire, a.a.O. (Anm. 10).
- 21 Vgl. insbesondere David Revault d'Allonnes, Les guerres du Président, Paris 2015.
- 22 François Hollande verkündete in Istres, dass die SN3G eine ähnliche Tonnage haben werden wie die derzeitige U-Boot-Generation der Klasse Le Triomphant. Der ASN4G, der den Marschflugkörper mit Nuklearkopf ASMP-A der Luftkräfte ersetzen wird, soll hypersonische Geschwindigkeiten erzielen können (Mach 7 oder 8). Vgl. Hollande, Discours sur la dissuasion nucléaire, a.a.O. (Anm. 10). Anhörung des Generals Denis Mercier, des Oberbefehlshabers der Luftstreitkräfte, Commission de la Défense nationale et des forces armées (Kommission für nationale Verteidigung und Streitkräfte), Nationalversammlung, 15.4.2014, <<http://www.assemblee-nationale.fr/14/cr-cdef/13-14/c1314042.asp>> (abgerufen am 3.1.2017).
- 23 Vgl. Guisnel, Tertrais, Le Président et la Bombe, a.a.O. (Anm. 1), S. 275-276.
- 24 Vgl. eine aktuelle Analyse über den künftigen Bedarf für die Truppenentsendung aus Frankreich, Corentin Brustlein, L'entrée en premier et l'avenir de l'autonomie stratégique, Paris, Ifri, Focus stratégique, November 2016.
- 25 Die UDI, eine Mitte-Rechts-Partei, schlägt seit Jahren vor, die Komponente Lufttraketen vor allem aus finanziellen Gründen aus dem Arsenal zu entfernen, diesbezügliche Vorschläge hat etwa der ehemalige Verteidigungsminister Hervé Morin gemacht (Hervé Morin: „Il faut poser la question de l'arme nucléaire“, in Le Journal du Dimanche, 12.07.2014). Der Kandidat des konservativen Lagers, François Fillon, hat allerdings in seinem Programm keinen Bezug darauf genommen; unter Federführung von Leila Aïchi, der grünen Senatorin und Präsidentin der Commission des affaires étrangères et de la Défense du Sénat (Kommission für ausländische Angelegenheiten und Verteidigung im Senat) wurde ein *Livre vert sur la Défense* („Grünes Buch der Verteidigung“) erstellt. Dieses noch vor der Annexion der Krim durch Russland verfasste Dokument ist bereits relativ vorsichtig, was die Frage der Abschreckung betrifft, und ruft zu einer „allmählichen Abrüstung in Abstimmung mit allen anderen Nuklearmächten“ auf, vgl. Livre Vert sur la Défense, Paris 2014, S. 92.
- 26 Vgl. zum Beispiel den vor Kurzem gegründeten Verband Initiatives pour le désarmement nucléaire („Initiativen für nukleare Abrüstung“), <<http://www.idn-france.org/>> (abgerufen am 10.3.2017).
- 27 Laut der 2015 durchgeführten Umfrage, die von der Gruppe Action des Citoyens pour le Désarmement Nucléaire („Aktion der Bürger für nukleare Abrüstung“) in Auftrag gegeben wurde, sind 75 % der Bevölkerung für die Aushandlung eines multilateralen Vertrags, der Kernwaffen verbietet, jedoch ohne einen zeitlichen Horizont oder die Bedingungen für dessen Umsetzung zu nennen oder die positiven Effekte zu diskutieren, die der Besitz dieser Waffe mit sich bringt, vgl. Baromètre externe de la défense, Paris, DICODE-LH2, 2013; Les Français et l'interdiction et l'élimination complète des armes nucléaires, Paris, IFOP-ACDN, 2015.
- 28 François Fillon (Les Républicains), Benoît Hamon (Parti Socialiste) und Marine Le Pen (Front National) haben sich alle drei dafür ausgesprochen, die nukleare Abschreckung aufrechtzuerhalten, vgl. Défendre nos valeurs, exige une armée forte, <<https://www.fillon2017.fr/projet/defense/>> (abgerufen am 1.3.2017); Benoît Hamon propose de porter à 3% le budget de l'Etat pour la „défense“ et la „sécurité“, in: Le Monde, 6.1.2017; 144 engagements présidentiels, <<https://www.marine2017.fr/programme/>> (abgerufen am 1.3.2017). Emmanuel Macron kündigte ebenfalls an, die Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP anzuheben, bleibt aber vage in Bezug auf die nukleare Abschreckung, Philippe Peyre, Défense, renseignement ... Macron dévoile son projet de lutte contre le terrorisme, rtl.fr, 4.2.2017, <<http://www.rtl.fr/actu/politique/defense-renseignement-macron-devoile-son-plan-de-lutte-contre-le-terrorisme-7787076396>> (abgerufen am 1.3.2017). Jean-Luc Mélenchon (Front de Gauche) hat sich in der derzeitigen Kampagne noch nicht zu Verteidigungsfragen geäußert. 2012 hatte er sich für die Abschaffung der Luftkomponente ausgesprochen unter Beibehaltung der maritimen Komponente bei gleichzeitiger multilateraler nuklearer Abrüstung, vgl. Laurent Lagneau, Elections 2012: Jean-Luc Mélenchon veut accorder aux militaires le droit de se syndiquer, 6.4.2012, <<http://www.opex360.com/2012/04/06/elections-2012-jean-luc-melenchon-veut-accorder-aux-militaires-le-droit-de-se-syndiquer/>> (abgerufen am 1.3.2017).



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).
This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](#).



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber
DGAP e.V.

ISSN 1611-7034

Layout / Satz Reiner Quirin
Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung